

Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Nr.2



Editorial

Ihr haltet die die zweite Nummer der "Basisdemokratischen Bündnis" Zeitung in der Hand. Aktuell stehen der Bildungslandschaft im allgemeinen und der Unilandschaft im speziellen eine Menge Veränderungen ins Haus. Wir haben versucht ein paar davon einzufangen, zu beschreiben und zumindest Erklärungsansätze für diese Veränderungen zu bieten. Der Artikel »Studiengebühren für alle!« soll euch einen Überblick geben über den aktuellen Stand der Debatte um Studiengebühren und nimmt angeblich „sozial gerechte“ Modelle genauer unter die Lupe. In dem Artikel "Bildung im Wandel" werden die veränderten Rahmenbedingungen und Paradigmenwechsel beschrieben, unter denen Bildungspolitik heute stattfindet. Und schließlich ist auch der Rotstift weiter präsent: Über die Schließung der psychosozialen Beratungsstelle mehr auf der letzten Seite.

Einiges bleibt jedoch auch wie es schon immer war. Über die weiterhin massiven Benachteiligungen von als "behindert" bezeichneten Studierende informiert der Artikel "Studieren mit Handicap". Und leider ist auch die Gefahr vom gar nicht so kleinen rechten Rand weiter präsent. Wir hatten in der letzten Ausgabe über die antisemitischen Umtriebe der Burschenschaft Holzminda und den (Nicht-)Umgang des StuPa mit diesen Vorgängen berichtet. Wir würden uns wünschen, uns diesem Thema bald nicht mehr annehmen zu müssen und solch reaktionäre Relikte bald unter "Historisches" verhandeln zu können. Da das vorläufig aber ein frommer Wunsch bleibt, gibt es in dieser Ausgabe einen Artikel zu den ideologischen und historischen Hintergründen von Burschenschaften. Wie immer gibt es an der Seite Hinweise zum Weiterlesen und am Ende eine Email-Adresse, über die ihr euch mit den AutorInnen in Verbindung setzen könnt.

Trotz der wenigen guten Nachrichten, viel Spaß beim Lesen!



Studiengebühren für alle!

Am 17.12.2004 hatte der Asta der Uni Bremen zu einem Vernetzungstreffen der norddeutschen Hochschulen gegen Studiengebühren eingeladen. Vertreter der Asten aus Flensburg, Oldenburg, Emden, Rostock, Hamburg, Braunschweig, Greifswald, Hannover und eine Delegation des Basisdemokratischen Bündnisses aus Göttingen berieten über die weiteren Schritte im Kampf gegen Studiengebühren und Kürzungen.

Damit auch alle auf dem neuesten Stand der Entwicklungen sind wird es am 26. 1. 2005 an der Uni Göttingen (ebenso wie an allen anderen oben aufgeführten Unis und FHs) eine Info- Vollversammlung geben. Am selben Tag wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zum Studiengebührenverbot bekanntgeben, und von diesem hängt bekanntlich ab, ob nun bald alle Studierenden ab dem ersten Se-

mester Studiengebühren bezahlen sollen oder nicht. Es bleibt also spannend...

der Stand der Dinge...

Die meisten Studierenden gehen erschreckenderweise immer noch davon aus, daß Studiengebühren ohnehin nur die sogenannten Langzeitstudierenden treffen werden. Diese, wie auch andere Lügen werden nur zu gern geglaubt – lebt es sich doch leichter, wenn man resigniert den Kopf in den Sand steckt anstatt sich zu engagieren. „Studiengebühren kommen sowieso“ oder „Wenn ich schnell fertig studiere trifft es mich nicht“ sind die beliebtesten Versuche sich nicht mit der Realität auseinandersetzen zu müssen. Doch was, wenn die Studiengebühren dann da sind? Bereits im Sommersemester 2005 sollen alle Studierenden in Niedersachsen pro Semester 500 € plus die Verwaltungsgebühren von dann 75 € abdrücken. Das Argument der Landesregierung, die Studiengebühren kämen der Lehre zugute, ist

Inhalt

Studiengebühren für alle!.....	1
Bildung im Wandel.....	3
Studieren mit Handicap.....	7
Volk mich nicht voll.....	7
Ärztlich-Psychologische Beratungsstelle schließt.....	8

zweifelhaft. Am Rechenbeispiel der Uni Hannover würden durch Gebühren in Höhe von 1200€ pro Jahr gerade mal 13% der Kosten gedeckt werden. Andere, weniger optimistische Schätzungen gehen bei 1000 € pro Jahr von einer Deckung von gerade mal 5 % aus. Zur Orientierung: ein Studium kostet im Durchschnitt etwa 130000 €, natürlich schwankt dieser Wert je nach Studienfach. Zusätzlich zu den Studiengebühren fällt dann noch der Verwaltungs-kostenbeitrag in Höhe von 75 € ab dem Sommersemester 2005 an, der direkt in den desolaten Landeshaushalt fließt. Weitere Pläne, Prüfungsgebühren, Entgelte für Lernmittel oder die Bibliotheksbenutzung sind in anderen Bundesländern bereits geplant. Einen guten Überblick bietet Tabelle 1:

Das Argument der sozialen Gerechtigkeit

Befürworter des kommerzialisierten Studiums erzählen gern die Mähr von den sozial gerechten Studiengebühren, denn schließlich, so die Argumentation, würden die Unis bislang von allen Steuerzahlern finanziert. Das bedeutet polemisch überspitzt, die Friseurin finanziert den

angehenden Arzt. Dieselbe Friseurin finanziert jedoch mit ihren Steuern z.B. die staatlichen Forschungssubventionen der Firma Siemens – einem Konzern, der trotz Rekordgewinne 2004 Stellen abbaut und fast gar keine Steuern bezahlt. Fakt ist, daß die sogenannte „Massensteuern“ wie Lohnsteuer oder (indirekte) Konsumsteuern im Vergleich zu Steuern, die auf Spitzenverdienste bzw. Kapital- oder Vermögenseinkommen erhoben werden zunehmen. In Zahlen bedeutet dies, während die Massensteuern zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zwischen 1980 und 1996 um 10,9 Prozent gestiegen sind, sackten die Steuern zugunsten von Unternehmen, Selbständigen und Vermögenden um 10,3 Prozent ab. Wäre der Anteil der Gewinnsteuern am Steueraufkommen heute so groß wie damals, hätte der Staat 100 Milliarden DM pro Jahr mehr in der Kasse. Studiengebühren sind genauso wenig sozial gerecht wie die Tatsache, daß unsere exemplarische Friseurin die Firma Siemens subventioniert.

Dennoch soll uns zum einen weisgemacht werden, Studiengebühren wären notwendig, weil die öffentlichen Kassen nicht länger in der Lage seien, ihre Aufgaben wahrzunehmen und zum anderen würden

sie die „Qualität in Forschung und Lehre“ verbessern. Wohl kaum, meinen wir. Eine weitere Lüge im öffentlichen Diskurs sind die diversen Finanzierungsmodelle, die den Zugang zu Bildung auch für sogenannte bildungsferne Schichten der unteren Einkommen garantieren sollen. Wie „sozial gerecht“ diese Modelle sind, soll exemplarisch an einem Modell aufgezeigt werden, daß sich der Bund Deutscher Arbeitgeber (BDA) ausgedacht hat.

Nach dem BDA-Modell sollen die Studierenden Gebühren in Höhe von 500€ pro Semester (Grundbetrag) zuzüglich 25€ (Bachelor) bzw. 50€ (Master) pro ECTS-Kreditpunkt bezahlen. Ein Bachelor umfasst üblicherweise 180 ECTS-Punkte, ein Master 120 ECTS-Punkte. Somit ergibt sich eine Gebühr von 7500€ für den Bachelor (der derzeit z.B. in den USA nicht mal als berufsqualifizierender Abschluß anerkannt wird – dort will man nicht glauben, daß die Studierenden in so kurzer Zeit wirklich vernünftig „aus“gebildet werden) und 8000€ für den Master.

Zur Bestreitung des Lebensunterhaltes sollen Studierende einen Zuschuss von insgesamt 15000€ sowie ein Darlehen von maximal 18000€ erhalten. Darüberhinaus können Studierende ein Darlehen von maximal 17600€ zur Finanzierung der Studiengebühren in Anspruch nehmen. Dies entspricht 216 + 144 ECTS-Punkte.

Zum Vergleich ist dem BDA-Modell das bisherige System der Studienfinanzierung gegenübergestellt. Der BAföG-Höchstsatz, den bedürftige Studierende erhalten, beträgt 585€ monatlich. Dazu kommen 155€ Kindergeld monatlich. Studiengebühren werden nicht erhoben.

In Tabelle 2 sind drei Fälle gegenübergestellt: Fall A studiert in der Regelstudienzeit von 6+4 Semestern und fällt durch keine Prüfung, muss also auch insgesamt nur 300 ECTS-Punkte bezahlen. Fall B studiert in 8+4 Semestern und muss wenige Prüfungen wiederholen, ein eher realistischer Durchschnittsfall. Fall C studiert mit BAföG- und Kindergeldunterstützung, ebenfalls in der Regelstudienzeit von 6+4 Semestern.

Fazit

Durch das von der BDA vorgeschlagene Modell wird sich die Studienfinanzierung drastisch verschlechtern. Die Studierenden werden während des Studiums maßgeblich geringere Einnahmen haben und trotzdem am Ende etwa viermal so hoch verschuldet sein wie derzeit. Natürlich ist dieses Modell nicht das Einzige, das derzeit diskutiert wird. Insgesamt stellen jedoch sämtliche Modelle eine krasse Kehrtwende in der Bildungspolitik dar: Erst 2001

Tabelle 1:

Stand: 08.11.2004	Beschlossene Studiengebühren	Planungen	Verwaltungsgebühren
Baden-Württemberg	Langzeitgebühren ² 511€	Allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Sem. >500 €	40 €
Bayern	Gebühren für Zweitstudium ³ 511€	Allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Sem. >500 €	50 €
Berlin	-	Langzeitgebühren ² 500 €	51 € + 16-36 € (Studentenwerksbeitrag gestaffelt nach Studiendauer)
Brandenburg	-	Langzeitgebühren ² / Studienkonten ¹ 500 €	51,00 €
Bremen	-	Langzeitgebühren ² / Studienkonten ¹ + Gebühren für Externe 500-650 €	50 €
Hamburg	Langzeitgebühren ² +Gebühren für Studis ohne Erstwohnsitz am Studienort 500€	Allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Sem. >500 €	geplant: 50 €
Hessen	Langzeitgebühren ² 500-900€ / Gebühren für Zweitstudium 500 €	Allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Sem. >500 €	50 €
Mecklenburg-Vorpommern	-	Gebühren für Externe 500 €	-
Niedersachsen	Langzeitgebühren ² 500€	Allgemeine Studiengebühren ab dem 1. Sem. 500 €	51 € geplant: 75 €
Nordrhein-Westfalen	Studienkonten ¹ +Gebühren für Zweitstudium ³ 650€	-	-
Rheinland-Pfalz	Studienkonten ¹ 650€	-	-
Saarland	Langzeitgebühren ² 500€	-	-
Sachsen-Anhalt	Langzeitgebühren ² 500€	-	"Entgelte" für Lernmittel, Bibliotheksbenutzung etc.; Höhe noch unbekannt
Sachsen	Gebühren für Zweitstudium ³ 307€	-	geplant: 25-150 € Prüfungsgebühren
Schleswig-Holstein	-	Studienkonten ¹ 500 €	-
Thüringen	Langzeitgebühren ² 500€	-	-

¹ Studienkonten bedeuten faktische Gebührenpflicht spätestens nach 16 Semestern.

² 10.-13. Semester

³ Gebühren für ein Zweitstudium bedeuten unter Umständen auch noch zusätzlich Langzeitstudiengebühren, da das Zweitstudium aufs Studienkonto angerechnet wird und damit auch die Semester des Erststudiums zählen.

wurde eine Bafög- Verschuldungshöchstgrenze eingeführt, um auch Abiturienten aus einkommensschwächeren Schichten ein Hochschulstudium mit abschätzbarem finanziellen Risiko zu ermöglichen. Nun versucht man uns Studierenden das genaue Gegenteil plötzlich als angeblich sozial gerechte Heilslösung zu verkaufen. Wir meinen: Gebührenfreie Bildung für jeden statt teuer bezahlte „Aus“-Bildung für wenige!!! Gegen Studiengebühren und angeblich soziale Finanzierungsmodelle!!

christina-kloeckner@freenet.de

Tabelle 2:	BDA-Modell		BAföG und Kindergeld
	Fall A: Bachelor und Master 6+4 Semester 180+120 ECTS	Fall B: Bachelor und Master 8+6 Semester 216+144 ECTS	Fall C: Bachelor und Master 6+4 Semester
Förderung	250€/Monat 15000€ gesamt	179€/Monat 15000€ gesamt	447,50€/Monat 26850€ gesamt
Darlehen Lebensunterhalt	300€/Monat 18000€ gesamt	214€/Monat 18000€ gesamt	292,50€/Monat 17550€ gesamt
Monatlich verfügbar	550€	393€	740€
Studienkosten nach Forschungsinstitut für Bildungs- u. Sozialökonomie	784€	784€	784€
„Unterdeckung“	234€	362€	44€
Studiengebühr	15500€	19600€ davon 17600€ durch Darlehen	0€
Verschuldung insgesamt (Darlehen Lebensunterhalt + Darlehen Gebühren)	32500€	35600€	10000€ durch BAföG-Deckelung
Verschuldung mit 3% Zinsen p.a.	37676€ (5 Jahre)	43783€ (7 Jahre)	10000€ (BAföG unverzinslich)

Bildung im Wandel

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Hochschulrankings, Leitartikel und Titelthemen über die Situation an deutschen Unis berichten. Inzwischen dürfte klar sein, dass es sich um ein Thema von staatstragender Wichtigkeit handeln muss, an dem verschiedenste Akteure ein vitales Interesse haben.

Die aktuelle Bildungsdebatte hat etwas Groteskes. Denn während einerseits das Wort von der Wissensgesellschaft in aller Munde ist und überall die Notwendigkeit von Bildung beschworen wird, wird andererseits ihre Finanzierung immer weiter zurück gefahren. Während die Pisa-Studie zeigt, dass Deutschland europaweit eines der sozial selektivsten Bildungssysteme besitzt, also Kinder aus sog. bildungsfernen, d.h. ärmeren, Schichten strukturell benachteiligt werden, entbrennt eine Debatte um Studiengebühren. Das ist erklärungsbedürftig.

Das ‚Feld‘ Bildung steht in einem Spannungsfeld zwischen seiner gesellschaftlicher Funktionalität – sprich wirtschaftlicher Verwertbarkeit – einerseits und dem Postulat von Bildung als Selbstzweck zur Entfaltung des Menschen andererseits, dem sog. humboldtschen Bildungsideal. In diesem Verständnis, ist es die Aufgabe von Bildung, den Menschen in seiner Entfaltung zu unterstützen und seine Kritikfähigkeit zu fördern. Die Entwicklung des Individuums steht hier also im Vordergrund. Inzwischen ist es jedoch in den Allerweltsverstand hinabgesunken, dass Bildung eine volkswirtschaftliche Ressource darstellt und als solche vom Staat auch bewirtschaftet werden will. In der bildungspolitischen Debatte kommt das humboldtsche Bildungsideal nicht mehr vor, obwohl es eigentlich Aktualität besitzt, wie selten zuvor. Der Staat steckt bei der Verwaltung der Bildung in der Zwickmühle, dass sie zwar auf der einen Seite einen – zunehmend wichtigeren – Faktor im internationalen Standortwettbewerb darstellt, auf der anderen Seite jedoch ein Kostenfaktor ist, der nach dem bisherigen System aus Steuereinnahmen finanziert werden muss.

Rückblick: Die Bildungsreform der 60er Jahre

Im Rahmen der ersten Bildungsdebatte seit Anfang der 60er Jahre spielte diese Zwickmühle in der BRD eine nachgeordnete Rolle. Die deutsche Wirtschaft verzeichnete in dieser Zeit Wachstumsraten von bis zu 10%. Diese beruhten v.a. auf einem exportstarken qualitativ hochwertigen Industriesektor. Dem entsprach die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung und auch das Bildungssystem. Das dreigliedrige Schulsystem, das bis heute Bestand hat, festigte und reproduzierte die soziale Differenzierung durch seine frühe Selektion. Während sich aus den Haupt- und Realschulen die klassischen fordristischen Industriearbeiter rekrutierten, bildeten die Universitäten v.a. Funktionseliten (Ingenieure, Manager usw) aus.

Jedoch erhöhte sich in den 60er Jahren der Bedarf an gut qualifizierten Facharbeitern in dem Maße, dass das Bildungswesen mit seinen starken sozialen Selektionsmechanismen die Nachfrage nicht mehr decken konnte. In diesem Kontext steht die Bildungsdebatte der 60er und 70er Jahre. Die Hochschulen wurden nun geöffnet. 1970 wurden die Studiengebühren abgeschafft. Die Einführung des BAföG verringerte die schichtspezifischen Zugangsbarrieren zusätzlich. Der Anteil der Arbeiter-Innenkinder an der Zusammensetzung der Studierenden erhöhte sich von 6% 1963 auf 16% 1982. Der Staat übernahm jetzt weitestgehend die Bildungskosten. Die Bildung wurde in dieser Zeit als sozialpolitisches Instrument entdeckt. Denn die Erweiterung der Studierendenschaft an Unis und Fachhochschulen konnte nur unter Einbeziehung breiterer Schichten erreicht werden. Deshalb

Übersicht und Bewertung der aktuellen Debatten um Studienfinanzierung:

 *BdWi/FZS (Hrsg.):*
BdWi Studienheft Bildungsfinanzierung

Ingrid Lohmann gibt einen Überblick über die aktuellen Tendenzen bei der Vermarktlichung der Bildung:

 **After Neoliberalism – Können nationalstaatliche Bildungssysteme den ‚freien Markt‘ überstehen?**

[www.erzwiss.uni-hamburg.de/
Personal/Lohmann/Publik/
AfterNeo.htm](http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/AfterNeo.htm)

wurde der Versuch unternommen, über die Bildungspolitik die soziale Mobilität von Kindern aus unteren Schichten zu erhöhen. Die Gründung von Fachhochschulen und Universitäten wurde bewusst zur Förderung strukturschwacher Regionen eingesetzt. In Niedersachsen z.B. wurde ein Netz kleinerer Universitätsstandorte über das Land gezogen, um die ländlichen Regionen zu entwickeln. Die expandierende Wirtschaft und das expandierende Bildungswesen bedingen sich also gegenseitig. Das extensive Wirtschaftswachstum erlaubte dem Staat die gesellschaftliche Infrastruktur – zu der auch die Bildung gehört – immer weiter auszubauen. Zugleich ist diese Infrastruktur Bedingung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Weiterhin sicherte das dreigliedrige Schulsystem mit seinen frühzeitigen Selektionsmechanismen eine Unterschicht von Industriearbeitern, während die Anzahl der Studierenden erhöht und damit die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften bedient werden konnte. Schon damals war die Vorstellung von der freien Wissenschaft oder der freien Bildung also eine Illusion. Schon immer diente sie zur Ausbildung von ökonomischen Humanressourcen. Trotz allem ließ das System seit den Bildungsreformen der 60er Jahre größere Freiheiten innerhalb des akademischen Betriebs zu.

Die doppelte Krise des Bildungssystems

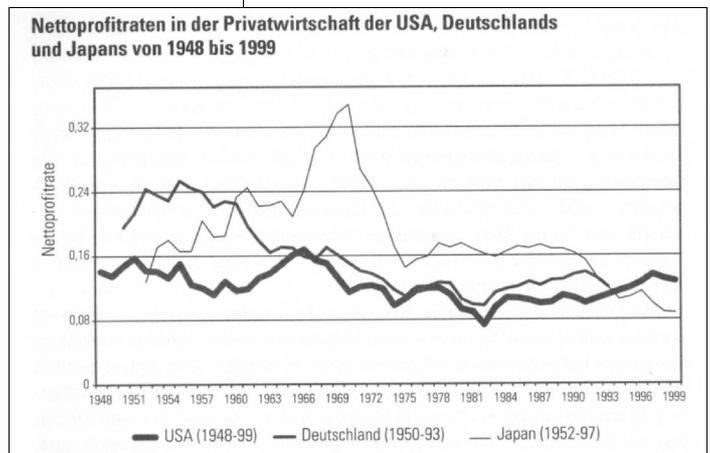
Dieses System gerät jedoch spätestens in den 80er Jahren in eine Krise, die es bis heute nicht überwunden hat. Die Ausgaben des Staates haben sich in den 60er und 70er Jahren weiter erhöht. Zugleich brechen jedoch die Gewinne der Unternehmen und mit ihnen das Wachstum v.a. im Industriesektor ein. Das Verhältnis zwischen Investitionen und Gewinn (Profitrate) reduziert sich dramatisch nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. In Deutschland geht die Profitrate im Industriesektor bis zum Ende der 80er Jahre um 65% zurück im Vergleich zu ihrem Höchststand im Jahr 1955. Der Staat reagiert auf diese Entwicklung mit immer weiteren Steuerentlastungen für die Unternehmen, kann die Entwicklung damit jedoch nur abmildern. Die Ausgaben des Staates steigen also, während die Steuereinnahmen dieser Entwicklung nicht folgen können. Der Anteil der Gewinnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen reduziert sich von 32% im Jahre 1977 auf ca. 12,3% im Jahr 1998.

Während z.B. die USA auf diese Entwicklung mit einer massiven Ausweitung des Haushaltsdefizit reagieren sprich Schulden machen, versuchen der

deutsche Staat ebenso wie die Länder und Kommunen diesen Einschnitt zu kompensieren, indem sie versuchen ihre Ausgaben in allen Bereichen zu senken oder zumindest stabil zu halten. Dies gelingt jedoch nur bedingt und es kommt zu einem kontinuierlichen Anstieg des Haushaltsdefizits. Im Jahr 2003 belaufen sich die angehäuften Staatsschulden auf 1.300 Mrd. Euro. Bis zu 20% des Haushaltes wird zur Zinszahlung verwendet. Der Staat ebenso wie Länder und Kommunen gerät zunehmend in die Klemme, einerseits die gesellschaftliche Infrastruktur aufrecht erhalten zu müssen, auf die die Wirtschaft angewiesen ist, andererseits hierfür immer weniger Mittel von der Wirtschaft abschöpfen zu können und zu wollen. Denn auch innerhalb dieser Logik sind es weiterhin politische Entscheidungen, durch die Prioritäten gesetzt werden. So hat in der Steuerpolitik der letzten Jahre eine massive Entlastung von höheren Einkommen stattgefunden. Allein die aktuelle Steuerreform mit der Absenkung des Spitzensteuersatzes von 47% auf 42% bringt Verluste um ca. sechs Milliarden Euro und entlastet v.a. die BezieherInnen von Jahreseinkommen zwischen 500.000 und 1.000.000 Euro. So wird eine ständige Umverteilung von unten nach oben organisiert. Auch wurde der Militärhaushalt aus der Sparpolitik ausgeklammert und für die Jahre 2003 bis 2006 auf 24,4 Milliarden Euro festgeschrieben. So finden innerhalb der allgemeinen Sparlogik Prioritätensetzungen statt, die durch politische Kämpfe veränderbar sind.

Die gesellschaftlichen Umbrüche führen jedoch auch zu einer veränderten Bestimmung dessen, was Aufgabe von Bildung sein soll. Denn mit dem Bedeutungsverlust der Industrie, der mit einem Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors einhergeht, findet auch eine Umwälzung der Anforderungen an das Bildungssystem statt. Mal wieder ist es der European Roundtable of Industrialists (ERT), der diese Veränderung kurz und bündig auf den Punkt bringt: „Erfolgreiche Kandidaten für traditionelle Berufe können natürlich durch eine frühe Spezialisierung in der Schule, vielleicht gefolgt von einer Ausbildung, produziert (produced) werden. Aber es muss eine Garantie geben, dass dieser Beruf auch noch nach Jahren da sein wird. Dieses System war

gut für die langsame Vergangenheit, aber heute ist es unangemessen.“ und weiter: „Arbeitgeber brauchen Menschen mit Selbstdisziplin, die sich an ständige Veränderungen anpassen können und endlosen neuen Herausforderungen gewachsen sind“, schreibt der ERT in seinem Dossier „Towards the learning society“. Was hier 1995 antizipiert worden ist, wird zunehmend zur Realität. Es geht um die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und um das Ende kontinuierlicher Arbeitsbiographien. Der klassische fordistische Arbeiter, der auf der Grundlage von einmal erworbenen Kenntnissen ein Leben lang eine Arbeit verrichten kann, gehört der Vergangenheit an. Im Zeitalter von ‚flachen Hierarchien‘ und just in Time Produktion geht es nicht mehr darum den Menschen in tayloristisch¹ zergliederte Arbeitsabläufe zu pressen, die möglichst monoton verrichtet werden können, sondern darum, den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit der Arbeit zu unterwerfen, oder wie es im Managementdeutsch heißt: Es geht darum das Gold in den Köpfen der Leute zu heben. Darauf ist jedoch das bisherige Bildungssystem, mit seiner frühen Selektion und der damit verbundenen geringen Qualifizierung nicht abgestimmt. Der oder die Haupt- und RealschülerIn mit tendenziell rudimentären Rechtschreib- und Mathematikkenntnissen und einer spezialisierten beruflichen Ausbildung ist für dieses Anforderungsprofil denkbar ungeeignet. Erfüllte die Schule mit ihrem disziplinierenden Instrumentarium bisher also durchaus ihren Zweck, wird sie nun zum Hemmschuh, denn ab sofort „ist der ganze Mensch gefragt, mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent und seiner Leidenschaft“ – hier in den Worten von Peter Hartz über den Arbeitnehmer der Zukunft². Wer diesen Anforderungen nicht entsprechen kann, oder wessen Arbeitskraft aus anderen Gründen aktuell nicht nachgefragt wird, gehört zu den weit über 4 Millionen Men-



Quelle: Robert Brenner: *Boom und Bubble* S. 74

¹ Das Fließband ist ein typischer Fall von tayloristischer Arbeitsorganisation. Diese beruht darauf, komplexere Arbeit in einzelne Arbeitsschritte zu zerlegen, die möglichst anspruchslos und monoton zu verrichten sind.

² Natürlich gibt es wenig Gründe dieser Vergangenheit nachzutruern. So waren diese Verhältnisse geprägt, von zahlreichen (patriarchalen) Normierungen, die auf vielfache Weise freie Entfaltung verhindert haben. Insofern kann die neoliberale Ideologie hier durchaus an begründetes Unbehagen gegenüber diesen bornierten und bevormundenden Strukturen ansetzen. Gegenüber diesen verknöcherten Verhältnissen fällt es natürlich nicht schwer die neuen Formen der Anpassung als Freiheit zu verkaufen.

schen, die von nun an mit Arbeitslosigkeit II entweder bedroht oder bereits schikaniert werden.

Verschiedene Antworten

Die Politik hat also zwei zentrale Probleme ausgemacht: Das Bildungswesen ist unterfinanziert und nicht angemessen an den wirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet. Als Antwort auf diese Probleme lassen sich im wesentlichen drei Stränge ausmachen, die sich teilweise ergänzen zum Teil aber auch einander widersprechen.

1. Reform der Studienstruktur: 'lebenslanges Lernen'

Der wichtigsten Ansatz zur Reformierung der Studienstrukturen ist das Konzept des 'lebenslangen Lernens'. Was sich oberflächlich betrachtet zunächst als ein emanzipatorischer Begriff ausnimmt, hat es jedoch wahrhaft neoliberal in sich. Was sich nämlich hinter diesem Begriff verbirgt ist das Konzept der 'employability', was übersetzt Beschäftigungsfähigkeit heißt. Peter Hartz, dessen sozialpolitischen Vorstellung inzwischen Gesetzskraft erlangt haben, formuliert das so: „eine neue Jobmoral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als shareholder ihrer Human Assets) sondern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als ‚workholder‘ als Bewahrer und aktiver Entwickler ihrer Chancen und Arbeitsplätze verhalten“. Um für diese Aufgabe gerüstet zu sein, „muss den Menschen gelehrt werden, wie man denkt und lernt“ (ERT). Und damit wäre auch schon fast abschließend die Aufgabe des Bachelor umrissen oder wie es das 'Zentrum für Hochschulentwicklung' (CHE)³ ausdrückt: „Eine zentrale Funktion von Bachelorstudiengängen unabhängig vom Studienfach, besteht darin, die Lernfähigkeit der Studierenden auf hohem Niveau zu entwickeln (...) damit sie den Anforderungen ständiger Weiterqualifikation zum Erhalt ihrer Berufsfähigkeit (...) Rechnung tragen können.“ Bei diesen Parallelen bis in die Formulierungen hinein wäre es fast angebracht die aktuellen Bildungsreformen als Hartz V zu bezeichnen. Es ist klar, dass hier nicht die möglichst freie Entfaltung des Menschen auf dem Programm steht. Nicht mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen dem Menschen - sondern anders herum der Mensch soll den gesellschaftlichen Verhältnisse angepasst werden. Das Leitbild dieser Bildungsreform ist die Ich-AG, der selbstverantwortliche Arbeitskraftunternehmer, der die Bil-

dung als „hochrentable Investition in die eigene berufliche und private Zukunft“ betrachtet, wie uns der niedersächsische Bildungsministers Lutz Stratmann erklärt. Dass der Mensch sich einem solchen Leitbild nicht ohne Angst und äußeren Druck anpasst, versteht sich aus dem Kontext der Erklärung von allein: Es geht um die Rechtfertigung von Studiengebühren. In diesem Zusammenhang sind die Ankündigung der BildungsministerInnen durchaus ernst zu nehmen, die eine Erhöhung der Studierendenzahlen versprechen. Mit dem verstümmelten Studiengang des Bachelor können größere Zahlen von Studierenden in immer kürzerer Zeit durch die Universität geschleust werden. Die Studiengebühren werden ihr Übriges tun, um den Wunsch nach einer möglichst kurzen Verweildauer in der Universität auch bei den Studierenden zu verankern. Der Master, der nach aktuellen Planungen an der Uni Göttingen nur für 50% der BachelorabsolventInnen offen stehen soll, wird so von ganz allein zu einem Elitenförderungsprogramm. Dies kann sogar teilweise kostenneutral geschehen, durch eine Umverteilung der Finanzen weg von der breiten Massenbildung, die durch den Bachelor immer weiter formalisiert und damit verschult wird, hin zur Elitenbildung in den ausgedünnten Masterstudiengängen. Das Konzept Bachelor – zumindest wie es in Deutschland umgesetzt wird – wird also nur verständlich, wenn man es im Zusammenhang mit dem Konzept des 'lebenslangen Lernen' betrachtet. Es geht dabei um eine Neujustierung des Bildungssystems, und die Schaffung von zunehmend unsichereren Arbeitsverhältnissen auf die der Mensch mit mehr 'Flexibilität' antworten soll. Damit ist es Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.

2. Finanzierung

Der zweite Strang umfasst die Bildungsfinanzierung, die durch die bewusst leer gesparten öffentlichen Kassen nicht mehr zu leisten ist. Daher wird erstens versucht das Studium durchzurationalisieren, also die Kosten pro Studierenden in der Masse zu senken und zweitens weitere Geldquellen aufzutun. Mit dem Bachelor-/Mastersystem und seiner effizienteren Selektion ist hierfür eine erste zentrale Weiche gestellt. Ein weiterer Schritt ist der Versuch zunehmend sogenannte Drittmittel aus der Wirtschaft zu gewinnen bzw. die Unis zu zwingen, sich um solche zu bemühen. Das bedeutet nichts anderes, als eine weitere Ausrichtung der Unis an der Wirtschaft⁴. Damit wird jedoch ein entscheidendes Moment unterlaufen, weshalb der Staat Bildung und Forschung

bisher als seine hoheitliche Aufgabe angesehen hat. Denn die notwendige Grundlagenforschung wird in den seltensten Fällen von betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen gefördert werden, wenn die Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse noch in den Sternen steht.

Zu guter letzt sollen Studiengebühren gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie sollen disziplinierend wirken und so die Studienzeiten quasi von allein verkürzen. Weiterhin fungieren sie als Geldquelle für die leer gesparten Unihäushalte. Hinzu kommt jedoch noch eine weitere Hoffnung: Studiengebühren sollen marktwirtschaftliche Mechanismen in der Bildungslandschaft etablieren. Die Studierenden, so die Ideologie, würden dann mit der Geldbörse über die Studienqualität abstimmen. Damit würden die Unis gezwungen, sich um ihre Kunden zu bemühen und ihre Angebote, also die Lehre, entsprechend „kundenfreundlicher“ zu gestalten. So sollen Studiengebühren nicht nur auf die Studierenden disziplinierend wirken sondern auch auf die Unis. Wahrhaft demokratisch⁵.

3. Vermarktung der Bildung

Der dritte und mitunter brisanteste Strang wird in der Öffentlichkeit gern unter dem Begriff 'Privatisierung der Bildung' verhandelt. Das trifft die Sache jedoch nur zur Hälfte. Denn worum es hier geht, ist nicht einfach nur ein juristischer Eigentumswechsel – von öffentlicher in private Hand – sondern es geht um die Zurechtstufung der Bildung zu einem marktförmigen Gut. Dabei gibt es eigentlich zwei Prozesse. Der erste ist die Kostenreduzierung. Das heißt genauer, die Kosten für den Staat werden reduziert, indem er sie dem privaten Nachfrager auferlegt. Studiengebühren sind hier das Mittel der Wahl. Und wenn die Kunden dann einmal bezahlen müssen, überlässt man es am besten gleich der Wirtschaft, die den Umgang mit Kunden ohnehin besser beherrscht als der Staat. V.a. in der beruflichen Weiterbildung ist dieses Phänomen bereits weit verbreitet. So weit so bekannt. Doch der zweite Prozess könnte einen Wandel einleiten, dessen tiefgreifenden Konsequenzen wir noch nicht einmal erahnen können. Wie bereits oben geschildert, sinken die Gewinnerwartungen im Industriesektor seit über 30 Jahren kontinuierlich. Deshalb macht sich das Kapital zunehmend auf die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Nachdem der dotcom-Traum zusammen mit der 'New Economy' Ende der 90er Jahre geplatzt ist, gerät nun die Bildung zunehmend in den Fokus wirtschaftlicher

³ Das CHE ist ein Thinktank, der u.a. von dem Medienkonzern Bertelsmann finanziert wird und mit seiner Lobbyarbeit starken Einfluss auf bildungspolitische Entscheidungen nimmt. Um Studiengebühren salonfähig zu machen, hat es z.B. eine Umfrage, in Auftrag gegeben die 'herausgefunden' hat, dass ein Großteil der Studierenden für Studiengebühren sei. Kein Wunder: war die Option, dass man gegen Studiengebühren sei bei den Antworten gar nicht möglich.

⁴ Dies soll z.B. geschehen indem staatliche Mittel an die zusätzliche Akquirierung von Drittmittel gebunden werden

⁵ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass mit den sog. Bildungsgutscheinen, die von ihren Befürwortern als ein demokratisches und sozialverträgliches Modell dargestellt werden, in Chile als einem der ersten Länder unter der Diktatur Pinochets experimentiert wurde.

Guter Beitrag im Deutschlandfunk über GATS:

☛ **Weltbildungstag der UNESCO - Bildung als Dienstleistung auf globalen Märkten**
www.erzwiss.uni-hamburg.de/personal/lohmann/datenbank/df-khh.html

Zum neoliberalen Leitbild des Arbeitskraftunternehmers:

☛ **Peter Hartz: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können.**

Wie funktioniert die Vermarktlichung der Bildung:

☛ **Johanna Witte (CHE): Studienexporte als 'academic enterprise'**

(Vortrag in Bonn 2001)

Industriellobbyistenverband mit einer dankbar deutlichen Sprache:

☛ **ERT**
www.ert.be

☛ **Robert Brenner: Boom und Bubble Die USA in der Weltwirtschaft** (Hamburg 2002)

Perspektiven einer wirklichen Wissensgesellschaft:

☛ **André Gorz: Wissen, Wert und Kapital - Zur Kritik der Wissensökonomie** (Zürich 2004)

☛ **André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft?**
http://kunden.customite.de/wissen-ist-was-wert/download/artikel_gorz.pdf

Interessen. Immerhin werden nach Schätzungen der 'Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung' (OECD) weltweit 1,9 Billionen Dollar jährlich im Bildungsbereich umgesetzt. Erschien dieses gewaltige Volumen bisher in erster Linie als Belastung für den Staatshaushalt, wird es in den letzten Jahren zunehmend als Anlagemöglichkeit entdeckt. In diesem Zusammenhang werden mit Blick auf die Pisa-Studie auch einige Dinge verständlich. Diese hatte ja bekanntlich gezeigt, dass das deutsch Bildungssystem sozial hoch selektiv ist. Vor diesem Hintergrund ist es für den naiven Betrachter zunächst verwunderlich, warum in den bildungspolitischen Debatten wenig in die skandinavischen Länder geschaut wird, die in dieser Frage recht passabel abgeschnitten hatten, sondern das angelsächsische und v.a. das australische Bildungswesen als Vorbild herangezogen wird. Das wird erst verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es beim Bologna-Prozess in erster Linie um die „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums“ (Bologna '99) geht. Hier geht es implizit um die Konkurrenz zu Ländern wie USA oder Australien. Immerhin erwarben ausländische Studierende 2003 in den USA für 13,6 Milliarden Dollar Bildungsdienstleistungen. Das ist fast die Hälfte aller Einnahmen, die die OECD Staaten 1999 im Handel mit Hochschuldienstleistungen erwirtschaftet haben (ca.30 Milliarden). In Australien machen die „Einnahmen durch ausländische Studierende rund 12 Prozent der Außenhandelsbilanz aus.“ (Deutschlandfunk 8.9.03) Großbritannien und Australien setzen dabei v.a. auf den Export von modularisierten Studiengängen. Die Gewinne stammen hauptsächlich aus Schwellenländern, die sich, meist nachdem die 'Welt Handelsorganisation' (WTO) sie im Rahmen von sogenannten Struktur Anpassungsprogrammen verpflichtet hatte, die eigenen Hochschulen kaputt zu kürzen, den ausländischen Anbietern geöffnet haben. Johanna Witte vom CHE hat 2001 für den „Deutschen Akademischen Austauschdienst“ (DAAD) untersucht, „was deutsche Hochschulen von den ausländischen Vorreitern auf diesem Feld lernen können“. Es ist die selbe Johanna Witte, die im Juni 2003 „Das Positionspapier II zu Bachelor und Masterstudiengängen“ des CHE mit vorgelegt hat, in dem Empfehlungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses gemacht werden. In ihrer Untersuchung von 2001 stellt sie fest, dass als wesentliche Voraussetzung für den Export der Studiengänge „die Lehrinhalte in Form von modularisierten Einheiten aufbereitet sein“ müssen. Ein weiterer „Hauptknackpunkt“ sei, „wie die Gleichwertigkeit der Abschlüsse (...) gesichert werden“ könne. Damit wären dann auch alle zentralen Aspekte des Bologna-Prozesses benannt: Modularisierung, und die „Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse“ (Bologna '99). Blicke noch die verbesserte Mobilität der Studierenden: Da es jedoch den Hochschulen überlassen bleibt ihre Studiengänge zu modularisieren, wird es weder innerhalb von Deutschland und erst recht nicht europaweit leichter werden, während des Studiums zu wechseln. Die Agrarwissenschaftler

haben diese Erfahrung bereits gemacht. Dort klappt nicht einmal die Abstimmung zwischen den beiden Studienorten Berlin und Göttingen⁶. Die Bildung selbst ist also zum Objekt wirtschaftlicher Interessen geworden. Nicht wie bisher nur ihre Ergebnisse, (hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forschungsergebnisse) sondern die Bildung als Ware, als Dienstleistung, soll der Kapitalverwertung nutzbar gemacht werden und damit der deutschen Wirtschaft aus der Talsohle helfen. Hierbei wird auf den bereits existierenden riesigen Markt gesetzt, aber auch auf die weitere Zunahme der Relevanz von Bildung für jedeN einzelneN. Denn wenn Fort- und Weiterbildung zum entscheidenden Faktor der Employability werden, geht es nicht mehr um den Luxus etwa der „Universität im dritten Lebensalter“, sondern um die existenzielle Frage, ob man in dem immer rauerem Klima des Arbeitsmarktes bestehen kann oder nicht. Wichtiger Motor dieser Entwicklung ist also schlicht Angst. Denn in dem Moment, wo der Zugang zur Bildung für die Menschen zu einer solch existenziellen Frage wird, lohnt es sich die Bildung zu verknappten und damit zur Ware zu machen. Genau dieser Prozess ist in vollem Gange. Dabei ist natürlich auch die aktuelle GATS-Runde relevant, in der über die Liberalisierung des Bildungssektors in den Metropolen verhandelt wird. Doch auch ganz unabhängig davon existiert bereits ein riesiger Bildungsmarkt, an dem die europäischen Staaten offensichtlich Interesse haben zu partizipieren.

Insgesamt erscheint es klar, dass wir es mit einem widersprüchlichen Prozess zu tun haben. Eine wirkliche Weiterentwicklung z.B. von Institutionen des 'lebenslangen Lernens' kann jedenfalls nicht kostenneutral geschehen. Auch ist es einigermaßen evident, dass Studiengebühren den Hochschulzugang für die breite Masse erschweren, genau wie jede andere Form von Privatisierung, die den Zugang zur Bildung vom Geldbeutel abhängig macht. Kostenreduzierung und Vermehrung der Studierendenzahlen schließen sich langfristig also eigentlich aus. Trotzdem wird beides versucht. Hier schießen eindeutig mehrere Interessen durcheinander, die kaum miteinander vereinbar sind.

Was tun?

Wir müssen uns die Frage jedoch ohnehin anders herum stellen. Wir dürfen uns nicht fragen, welche Bildung die Wirtschaft von uns verlangt. Im Vordergrund muss die Frage stehen, welche Bildung möchten wir. Was kann lebenslanges Lernen noch bedeuten, außer dem ständigen Rattenrennen um mit meinen Qualifikationen ständig up to date zu sein? Wie ist lebenslanges Lernen als emanzipatorischer Prozess denkbar, der das eigene Leben begleitet und reflektiert? Wie ist Bildung als Selbstbewusstwerdungsprozess denkbar? Emanzipation hat immer den Abstand zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zur Voraussetzung, da nur durch einen solchen ein eigenständiger und unideologische Meinungsbildungsprozess stattfinden kann. Gerade in Zeiten, in denen Bildung also aus ökonomischen Gründen abgeschafft wird, und sich in einen reinen Zulieferbetrieb

⁶ Damit soll nicht gesagt werden, dass der Bologna-Prozess auf diesen Aspekt reduziert werden kann. Aber: es gibt gewichtige Akteure, die den Prozess in diesem Sinne voran treiben und ihr Erfolg lässt sich an den Prioritäten bei der Umsetzung des Prozesses erkennen.

verwandelt, gilt es auf ihre Wichtigkeit für die Entwicklung des Menschen zu beharren und sich gegen ihre Degradierung zur Ausbildung zu wehren. Dabei darf man sich auch nicht von den ökonomischen Sachzwängen Irre machen lassen - im Gegenteil müssen wir offensiv mit ihnen brechen. Denn der oben beschriebene ökonomische Prozess beruht gerade nicht auf Mangel, sondern auf Überfluss. Es sind im Wirtschaftsjargon sogenannte „Überkapazitäten und Überproduktion“ (Brenner, S. 152), die die Wirtschaft weltweit in die Knie gezwungen haben. Es ist also gerade das

„Überangebot“ an stofflichem Reichtum, also an real verfügbaren Gütern, wegen dem wir sparen sollen. Das ist irrational und schlichtweg abzulehnen. Es wird also höchste Zeit eigene Vorstellungen zu entwickeln, was Bildung sein, und wozu sie dienen soll. Nur dann können wir den aktuellen Angriffen auf unsere Bildung mit den Namen Bolognaprozess und Studiengebühren etwas positives entgegensetzen. Das solche Überlegungen nicht auf die Bildung beschränkt bleiben können, sondern nur gedacht werden können im Zusammenhang mit den gesell-

schaftlichen Rahmenbedingung, in die sie eingebettet sind, sollte aus dem bisher Dargestellten offensichtlich sein. So wäre einmal zu Fragen, was von einer Gesellschaft zu halten ist, deren zentralen Moment mehr und mehr die Angst ist. Dafür gibt es jedoch keine Blaupausen, sondern so etwas ist nur in einem gemeinsamen Prozess möglich. Eines sollte indes deutlich geworden sein: so wie es ist, kann es jedenfalls nicht weiter gehen.

kallekunkel@gmx.de

Allgemeine Info-Seite mit Adressen und Links. Hier gibt's auch die Adresse vom Deutschen Studentenwerk, das diverse Schriften zum Studieren mit Behinderung herausgegeben hat.

☛ Studium und Behinderung

www.behinderung.org/studium.htm

☞ *Deutsches Studentenwerk (Hrsg.): Behinderte studieren.* Kostenlos erhältlich beim Deutschen Studentenwerk (DSW)

☞ *Ewald Berning: Studieren mit Behinderungen* Kostenlos erhältlich beim Deutschen Studentenwerk (DSW)

Ergebnisse einer Umfrage vom Februar 1993, DSW Bonn 1993:

☞ *DSW: Studienbedingungen behinderter Studierender an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland*

Studieren mit Handicap

Menschen mit körperlichen Behinderung sind selten zu sehen auf dem Göttinger Campus. Kein Wunder, liegt doch der Anteil der Schwerbehinderten an der Uni deutlich unter ihrem Anteil in der Gesellschaft. Schon in der Schule ist es oft nicht einfach, sich gegen die Masse derer durchzusetzen, die ohne Handicap ins Rennen geschickt werden. Und einmal an der Uni angekommen, verschwinden die Probleme natürlich nicht wie durch ein Wunder.

So sind viele – gerade kleinere Institute – bis heute noch nicht behindertengerecht ausgebaut. Für einige Menschen ist es also nicht möglich, alle in Göttingen angebotenen Studienangebote wahrzunehmen. Und wenn dann eine Veranstaltung im ZHG stattfindet, dann erwartet die RollstuhlfahrerInnen eine ruckelige Reise über den frischgepflasterten Campus. Das die dort verlegte Abart des Kopfsteinpflasters nicht besonders nett ist für Menschen mit fahrbarem Untersatz, haben viele FahrradfahrerInnen schon bemerkt. Im Rollstuhl ist das ganz ähnlich – nur eben wesentlich schlimmer.

Wenn im Vorlesungssaal dann nur vor der vordersten Reihe Platz ist, dann trägt das nicht gerade zur Verbesserung der allgemeinen Stimmung bei. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die Hörsäle, die von unten und von oben befahrbar sind. Hier ist auch ein Platz in angenehmer

Entfernung zur Tafel wählbar. So wird es dann auch möglich, beispielsweise die Angebote im Uni-Kino zu nutzen.

Nicht unproblematisch ist auch der Mensa-Betrieb: in die Zentralmensa kommt mensch mit Rollstuhl nur mittels eines mittlerweile zwar ausgeschilderten, aber noch immer viel zu engen Fahrstuhls. Die Mensa am Wilhelmsplatz als einzige Abendmensa ist für Rollstuhlfahrer überhaupt nicht benutzbar.

Die Situation behinderter Studierender wird in der allgemeinen Hochschulpolitik kaum beachtet. Auch bei der Umsetzung konkreter Vorhaben wird nur da mit ihnen gerechnet, wo sie sich auf gesetzlich verbriefte Rechte berufen können. Darum ist es wichtig, das der AStA sich gegenüber dem Studentenwerk und der Universitätsleitung dafür einsetzt, vorhandene Schranken abzubauen und bei zukünftigen (Bau-)Maßnahmen stets die Interessen behinderter Studierender mitzubedenken. Darüber hinaus ist das Uni-Kino das einzige Kino in Göttingen mit Mainstream-Filmen im Programm, das auch behindertengerecht ist. Warum sollten also nicht auch nichtstudierende Menschen mit körperlichen Behinderungen in die Vorstellungen gehen? Auch dafür könnte sich ein AStA mal einsetzen.

juli.bierwirth@web.de

Volk mich nicht voll

Auch bei dieser Wahl wird sich der reaktionäre Flügel der Studentenschaft zu Wort melden. Hochschulgruppen, in denen diese Traditionen verbreitet sind, von der man gar nicht glaubt, dass es solche und ähnliche Denkmuster überhaupt noch gibt. Die Rede ist von Burschenschaftlern, Corps und rechten Verbindungen. Holzminde und Co. waren gerade in letzter Zeit in Bezug auf Antisemitismus im Gespräch (Siehe letzte Ausgabe). Daher wollen wir diese Gruppierungen genauer unter die Lupe nehmen.

A new state was born

Im Zuge der Aufklärung wurden bestehende Herrschaftsverhältnisse zunehmend hinterfragt. Vor allem die Gegensätze zwischen Adel Klerus und dem dritten Stand, führte zu Spannungen in ganz Europa. In Frankreich schuf die fran-

zösische Revolution ein Modell für eine bürgerliche Staatsgründung. Während in Frankreich im Zuge der Revolution die Bürgerrechte für alle Menschen innerhalb des Staates formuliert wurden, entstand in Deutschland, ein auf Blut und Boden beruhender Nationenbegriff. Nur ein starkes geeintes Deutschland könnte sich im Krieg

gegen andere Länder, im speziellen gegen Frankreich als wehrhaft erweisen. Im Zuge dieser Nationalisierung erstarkten die nationalkonservativen und republikanischen Kräfte. Vertreter dieses neuen Bewusstseins waren zu dieser Zeit insbesondere Studenten aus Adel und dem sich entwickelnden Bürgertum. Auf die Demokra-

tisierung, in Auseinandersetzung mit dem Adel, beziehen sich Burschenschaften noch heute, als einen Akt der Befreiung, an dem sie federführend mitgewirkt hätten.

Ein weiteres Ereignis, das sie sich auf die Fahne oder auf die Scherbe schreiben, ist die bürgerliche Revolution von 1848. 1848 waren Burschenschaften allerdings elitäre Vereine, die aktiv antiemanzipatorische Politik machten. Sie waren antidemokratisch, völkisch und antisemitisch orientiert. Vor diesem Hintergrund scheint es nicht verwunderlich, dass sie deutsches Großmachtstreben à la „Platz an der Sonne“, während des 1. Weltkrieges, nicht nur still duldeten, sondern glühend befürworteten.

Wenige Jahre später entdeckten die Burschenschaften neue Gesinnungsgenossen in ihrem „nationalen Streben“. So kam es zu Auflösungen der Burschenschaften im Nationalsozialismus. Denn zum einen gab es die Kameradschaft unter gleichen, die Elite und zum anderen waren Teile des Weltbilds des Nationalsozialismus identisch. Folgende Zitate aus den Burschenschaftlichen Blättern aus den Jahren 1930-33, charakterisieren die Geisteshaltung der Burschenschaften dieser Zeit:

„Wenn der nationale, der völkische Gedanke so zu verstehen ist, dass er zur höchsten Verantwortung gegenüber Volk und Volkstum, den Blutverwandten Volksgenossen erziehen soll, muss die Aufklärung über alle gegnerischen Mächte im Vordergrund stehen... Da sind zunächst diejenigen, die den allgemeinen Menschheitsgedanken über den Volkstumsgedanken stellen, wie zum Beispiel bürgerliche Liberale, volksfremde Demokraten, Marxisten, Gegner einer heldischen Weltanschauung und all diejenigen, die aus weltanschaulichen Gründen international eingestellt sind und an Aufklärungsarbeit über Rassen- und Volkstumsfragen kein Interesse haben“. „Die Vorwürfe die gerade wegen der zersetzenden Einflusses des Judentums vorgebracht werden, sind nur zu berechtigt.“

Nach der Beendigung der deutschen Barbarei durch die Alliierten bildeten sich wieder Burschenschaften und gaben sich ein scheinbar demokratisches Antlitz, indem sie sich zu Opfern von Hitler oder sogar als Widerstandskämpfer stilisierten und das „neue Deutschland“ mitgestalteten. Die bestehenden Grenzen werden in Frage gestellt. Schlesien, Ost-Pommern, usw. Denn, so die Argumentation, sie seien Deutsche im Sinne der Abstammung. Inwieweit in Burschenschaftskreisen über eine erneute

Eingliederung Österreichs diskutiert wird, sei dahingestellt.

Good old traditions

An der Geisteshaltung dieser Gruppierungen hat sich bis heute wenig geändert. Besonders prägend ist das Geschlechterverhältnis bei den Burschenschaftlern. Deutlich wird dieses daran das Frauen keine Mitglieder sein können. Während die Frau sich um „Heim und Herd“ zu kümmern hat, ist der ehrvolle Burschenschaftler Mitglied eines Männerbundes, der besonders durch den massiven Genuss von Alkohol im Kreise seiner national gesinnten Kumpaneie gefestigt werden soll.

Eine seltsame Angewohnheit scheint jedoch dabei zu sein, dass selbst das Biertrinken ein hierarchisches Moment beinhaltet. Die „Führer“ einer Runde sind die sogenannten „Alten Herren“ ehemalige Verbindungsstudenten. Diese unterstützen den jetzigen Verbindungsmob finanziell und legen die Regeln fest, die „auf dem Haus“ herrschen. Außer den „Alten Herren“ gibt es die Burschen, die sich ähnlich wie beim Militär in verschiedene Grade einteilen lassen. Das untere Glied in einer Burschenschaft ist der Fuchs. Er ist vorerst Knecht, der den Burschen dienen muss. Durch dieses Prinzip lernen sie zu gehorchen und können sich ebenso sadistisch benehmen, wenn sie keine Füchse mehr sind. Die alte deutsche Logik „nach oben buckeln nach unten treten“ wird somit reproduziert.

In so genannten schlagenden Burschenschaften, ist der postpubertäre Ritus der Mensur vorhanden. Das Schlagen durch einen scharfen Gegenstand an den Kopf ist ein seltsames „kulturelles“ Phänomen, das „Mann“ hervorgebracht hat. Und wenn Bursche einen Schnitt im Gesicht erhält, wird alles getan (Asche etc.) damit eine fette Narbe bestehen bleibt, und er steigt in der Hierarchie auf.

Eigentlich könnte Mensch sie einfach ignorieren, wenn sie nicht als gesellschaftliche Elitenschmiede fungieren würden. Wie wir seit der Debatte um Eliteuniversitäten wissen, ist es eine wichtige Aufgabe, in die Gesellschaft zu wirken und Vorbild zu sein. In Anbetracht dieser Umstände und den immer wieder auftauchenden Seilschaften zu rechtsextremen Kreisen (z.B. Danubia München), gibt es Gründe genug, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und ihnen bei offenem Auftreten in der Stadt oder Uni entgegenzutreten.

Ärztlich-Psychologische Beratungsstelle schließt

Die letzten Sozialerhebung in Göttingen 1999 hat ergeben, dass sich mehr als 27 % der Studierenden in Göttingen durch psycho-soziale Probleme in ihrem Studium beeinträchtigt fühlen.

Die Göttinger Studierenden gaben an, an erster Stelle unter **Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten** und allgemeinen **Leistungsproblemen** (51%) zu leiden. An zweiter Stelle stehen **Prüfungsangst (49%)** und Angst vor **Autoritäten**, an dritter Stelle **depressive Verstimmungen**. Angesichts von drohenden Studiengebühren, die den Druck, möglichst schnell fertig zu studieren, erhöhen, ist der aktuelle Anteil sicherlich noch höher. Denn die Anforderungen hören ja nicht im Hörsaal auf: Es gilt die sozialen Kontakte zu pflegen, den Haushalt zu managen, die eigene Zukunftsangst zu bändigen und u.U. noch jobben zu müssen.

Ausgerechnet in dieser Situation wird die „Ärztlich-Psychologische Beratungsstelle“ der Uni Göttingen zum Sommer 2005 geschlossen. Aus angeblicher Finanzknappheit. Die einzig bleibende Möglichkeit, sich in Zukunft Hilfe zu suchen, ist die Psycho-Soziale Beratungsstelle. Die wiederum bietet lediglich „Baustein-Angebote“, wie Kurse in Zeitmanagement an, jedoch keine mittelfristige Betreuung. Zudem werden diese Kurse ab nächstem Jahr sicherlich überfüllt sein.

Das Pressebüro der Universität Göttingen versicherte kürzlich, dass „weitere Maßnahmen ergriffen werden“, falls die „Versorgung der Studenten“ nach der Schließung nicht gesichert werden könne. Das gilt es zu beobachten und immer wieder einzufordern, denn diese „Versorgung“ ist bereits jetzt nicht gesichert. Das Basisdemokratische Bündnis wird sich hierfür einsetzen. Darüber hinaus müssen auch die Ursachen oben genannter Probleme und Lösungsmöglichkeiten erforscht und erarbeitet werden. Zu diesem Zweck halten wir es für sinnvoll, die Aktivitäten des Sozialreferats im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) auszubauen.

katharinawesenick@freenet.de



Basisdemokratisches Bündnis

WÄHLT LISTE 2

Basisdemokratisches Bündnis

Impressum

Basisdemokratisches Bündnis Nr. 2
Auflage: 5000 Stück
Kontakt: basisdemokratischesbuenndnis@listi.jpberlin.de
listi.jpberlin.de
V.i.S.d.P. Alex Ryll